

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XI
1. Kapitel: Einleitung	1
§ 1 Einführung in die Problematik	1
§ 2 Verfassungsrechtlicher Problemaufriss	3
2. Kapitel: Der gutgläubige Erwerb von Geschäftsanteilen gem. § 16 Abs. 3 GmbHG	7
§ 1 Die Voraussetzungen des gutgläubigen Erwerbs von Geschäftsanteilen gem. § 16 Abs. 3 GmbHG	7
§ 2 Die Rechtsfolgen des gutgläubigen Erwerbs von Geschäftsanteilen gem. § 16 Abs. 3 GmbHG	192
3. Kapitel: Der gutgläubige Erwerb von Rechten an einem Geschäftsanteil gem. § 16 Abs. 3 GmbHG	193
§ 1 Der gutgläubige Ersterwerb	193
§ 2 Die Eintragbarkeit von Rechten an einem Geschäftsanteil in die Gesell- schafterliste	195
§ 3 Der gutgläubige Zweiterwerb	205
§ 4 Erweiterter Verkehrsschutz durch eine analoge Anwendung des § 893 BGB	208
§ 5 Zusammenfassung	210
4. Kapitel: Der Umfang des Gutglaubensschutzes aus § 16 Abs. 3 GmbHG ..	213
§ 1 Der lastenfreie Erwerb	213
§ 2 Überwindung einer fehlenden Einlageleistung gem. § 16 Abs. 3 GmbHG ..	215
§ 3 Der gutgläubige Erwerb des Vorrangs	217
§ 4 Übertragungshindernisse im Rahmen des gutgläubigen Erwerbs gem. § 16 Abs. 3 GmbHG	219
5. Kapitel: Der Gutglaubensschutz gem. § 16 Abs. 3 GmbHG bei Kaduzierung, Preisgabe und Einziehung eines GmbH-Geschäftsanteils	225
§ 1 Die Kaduzierung des Anteils gem. § 21 GmbHG	225
§ 2 Die Preisgabe des Anteils gem. § 27 GmbHG	231
§ 3 Die Einziehung von Geschäftsanteilen gem. § 34 GmbHG	237
§ 4 Zusammenfassung	237
6. Kapitel: Der gutgläubige Erwerb im Rahmen der bedingten Veräußerung eines Geschäftsanteiles	239
§ 1 Verweis des § 161 Abs. 3 BGB auf § 16 Abs. 3 GmbHG	239

§ 2 Voraussetzungen für einen gutgläubigen Erwerb im Rahmen einer bedingten GmbH-Anteilsveräußerung	244
§ 3 Die Gefahr der Zwischenverfügung	249
7. Kapitel: Der gutgläubige Erwerb gem. § 16 Abs. 3 GmbHG bei speziellen Ausprägungen und Sonderformen der GmbH	265
§ 1 Die GmbH in der Gründungsphase	265
§ 2 Die Unternehmergesellschaft (UG)	267
§ 3 Die GmbH & Co. KG	267
8. Kapitel: Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	269
§ 1 Zusammenfassung der Ergebnisse	269
§ 2 Schlussbetrachtung	273
Literatur	277
Sachregister	299

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
1. Kapitel: Einleitung	1
§ 1 <i>Einführung in die Problematik</i>	1
§ 2 <i>Verfassungsrechtlicher Problemaufriss</i>	3
A. Der Eingriff in Art. 14 GG zu Gunsten des Verkehrsschutzes	3
B. Die Rechtfertigung des § 16 Abs. 3 GmbHG	4
I. Eine inhaltlich richtige Rechtsscheingrundlage	5
II. Die Zurechenbarkeit	5
III. Der gute Glaube	6
IV. Der eingeschränkte Anwendungsbereich des § 16 Abs. 3 GmbHG	6
C. Ergebnis	6
2. Kapitel: Der gutgläubige Erwerb von Geschäftsanteilen gem. § 16 Abs. 3 GmbHG	7
§ 1 <i>Die Voraussetzungen des gutgläubigen Erwerbs von Geschäftsanteilen gem. § 16 Abs. 3 GmbHG</i>	7
A. Der zu übertragende GmbH-Geschäftsanteil	7
I. Der nichtexistente Geschäftsanteil	7
II. Die fehlerhafte Kapitalerhöhung	12
1. Fallkonstellationen	12
2. Entscheidender Rechtsscheinträger	14
3. Möglichkeit eines gutgläubigen Erwerbs des durch eine fehlerhafte Kapitalerhöhung entstandenen Geschäftsanteils	14
4. Ergebnis	16
III. Die fehlerhafte Stückelung	16
1. Der Erwerb eines Anteils, welcher in seiner Summe nicht durch einen tatsächlich existierenden Anteil gedeckt ist	17
2. Der Erwerb eines Anteils, welcher nur in seiner Stückelung falsch bezeichnet ist, aber summenmäßig vorhanden ist	18
3. Ergebnis	22
IV. Zusammenfassung	22
B. Der Erwerb durch Rechtsgeschäft	23
I. Das Rechtsgeschäft	23
II. Das Verkehrsgeschäft	25
III. Ergebnis	26
C. Die Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger	26
I. Die Entscheidung für die Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger	26

II. Das Einreichen der Gesellschafterliste beim Handelsregister gem.	
§ 40 GmbHG	29
1. Die Kompetenzverteilung zwischen Geschäftsführer und Notar	29
a) Allgemeines	29
b) Die Zuständigkeit des Notars gem. § 40 Abs. 2 GmbHG	30
aa) Die Mitwirkung des Notars i.S.d. § 40 Abs. 2 GmbHG	30
bb) Die Notarbescheinigung	35
c) Die Einreichungsmöglichkeit durch den Gesellschafter selbst	35
d) Die Zuständigkeit im Fall der Führungslosigkeit der Gesellschaft	36
e) Die Rolle des Registergerichts	37
f) Zwischenergebnis	38
2. Zeitpunkt und Form der Einreichung	39
3. Mitteilung und Nachweis i.S.d. § 40 Abs. 1 Satz 2 GmbHG	39
a) Allgemeines	39
b) Die Berechtigung zur Erteilung von Mitteilung und Nachweis	40
c) Pflicht der Gesellschafter zu Mitteilung und Nachweis gem. § 40 Abs. 1 Satz 2 GmbHG	42
aa) Das Bedürfnis für eine Pflicht zu Mitteilung und Nachweis gem. § 40 Abs. 1 Satz 2 GmbHG	42
bb) Die dogmatische Grundlage für eine Pflicht gem. § 40 Abs. 1 Satz 2 GmbHG	43
(1) Eine Parallele zum Aktienrecht	43
(2) Eine Ersatzzuständigkeit analog § 15a Abs. 3 InsO, § 388 Abs. 1 FamFG, § 14 HGB	44
(3) Die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht	45
cc) Schuldner der verpflichtenden Mitteilung	50
dd) Folgen bei Verletzung der Pflicht	50
ee) Zusammenfassung und Ergebnis	51
d) Ein Recht des Geschäftsführers eine neue Gesellschafterliste einzureichen ohne Mitteilung und Nachweis	53
e) Mitteilung und Nachweis auch beim Notar nötig?	55
f) Gesamtergebnis	57
4. Gewährleistung einer richtigen und aktuellen Gesellschafterliste im Fall der bedingten Veräußerung	58
a) Problemaufriss	58
b) Kenntniserlangung hinsichtlich einer eingetretenen Bedingung und die Nachforschungspflicht von Geschäftsführer und Notar	59
c) Zuständigkeit hinsichtlich einer neuen Listeneinreichung	61
d) Ergebnis	62
5. Mehraktige Vorgänge unter der Beteiligung mehrerer Notare	63
6. Die Zulässigkeit von zusammenfassenden Gesellschafterlisten im Fall von kurz hintereinander erfolgenden Veränderungen	65
7. Die Verschmelzung durch Aufnahme	66
8. Der ausländische Notar	70
a) Die Auslandsbeurkundung	70
aa) Die Ortsform	71

(1) Anwendbarkeit von Art. 11 EGBGB und die Frage der Ortsform bei gesellschaftsrechtlichen Formerfordernissen vor der Geltung des MoMiG	72
(a) Uneingeschränkte Anwendbarkeit des Art. 11 EGBGB auch auf gesellschaftsrechtliche Vorgänge	72
(b) Keine Anwendbarkeit des Art. 11 EGBGB auf gesellschaftsrechtliche Vorgänge	73
(c) Keine Anwendbarkeit des Art. 11 EGBGB nur bei statusrelevanten Vorgängen	74
(2) Die Frage der Ortsform im Rahmen der Anteilsabtretung nach dem Inkrafttreten des MoMiG	76
bb) Die Geschäftsform	81
(1) Die Schutzzwecke des § 15 Abs. 3 GmbHG unter Berücksichtigung des MoMiG	82
(a) Beweisfunktion	82
(b) Verhinderung des spekulativen Handels mit GmbH-Anteilen	83
(c) Warnfunktion und Belehrungsfunktion	84
(d) Richtigkeitsgewähr der Gesellschafterliste	85
(2) Erfüllung der Geschäftsform durch die ausländische notarielle Beurkundung zu Zeiten des MoMiG	88
(a) Die Beweisfunktion	88
(b) Verhinderung des spekulativen Handels mit GmbH-Anteilen	89
(c) Richtigkeitsgewähr der Gesellschafterliste	89
(d) Ergebnis	93
b) Das Einreichen einer neuen Gesellschafterliste im Fall der Auslandsbeurkundung	94
aa) Die Zuständigkeit des deutschen Notars	94
bb) Die Zuständigkeit des Geschäftsführers der GmbH	94
cc) Die Zuständigkeit des ausländischen Notars	96
dd) Ergebnis	100
c) Der gutgläubige Erwerb bei der Auslandsbeurkundung	100
d) Gesamtergebnis	101
9. Zusammenfassung	101
III. Die Listenkorrektur	102
1. Die Listenkorrektur durch den Notar oder den Geschäftsführer im Zusammenhang mit einer wirksam gewordenen Veränderung im Gesellschafterbestand	103
2. Die Listenkorrektur durch den Geschäftsführer unabhängig von einer Veränderung im Gesellschafterbestand	104
3. Ergebnis	106
IV. Der Anspruch des wahren Gesellschafters auf Einreichen einer neuen Gesellschafterliste	106
1. Die Existenz eines solchen Anspruchs	106
2. Der Anspruchsgegner	109
a) Allgemein	109

	b) Die Verantwortlichkeit im Fall der Geschäftsführerzuständigkeit . . .	109
	3. Ergebnis	113
V.	Die Voraussetzungen für die Wirkung der Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger für den gutgläubigen Erwerb gem. § 16 Abs. 3 GmbHG	113
	1. Allgemein	113
	2. Auswirkung von Mängeln in der Liste oder Fehler beim Einreichungsvorgang auf die Rechtsscheinwirkung	114
	a) Verstoß gegen die Formvorgaben des § 40 Abs. 1 und Abs. 2 GmbHG	114
	b) Fehlen von Angaben i.S.d. § 8 Abs. 1 Nr. 3 und § 40 Abs. 1 Satz 1 GmbHG	116
	c) Konflikt mit höher zu bewertenden Schutzzwecken	118
	aa) Arglistige Täuschung und widerrechtliche Bedrohung des Geschäftsführers bzw. Notars	118
	bb) Die Beteiligung eines Geschäftsunfähigen bzw. Minder- jährigen	120
	cc) Ergebnis	121
	d) Fehler des Registergerichts bei der Aufnahme der Liste ins Handelsregister	122
	3. Zusammenfassung	123
VI.	Qualität der Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger	124
	1. Die Gesellschafterliste als schwacher Rechtsscheinträger	125
	2. Gewähr für die Richtigkeit der Gesellschafterliste durch Fehler- prophylaxe	128
	a) Das durch § 16 Abs. 1 GmbHG geförderte eigene Interesse der Gesellschafter an einer richtigen Liste	128
	b) Anspruch des wahren Gesellschafters auf Listenberichtigung	129
	c) Mitwirkung des Notars	130
	d) Pflicht der betroffenen Gesellschafter zu Mitteilung und Nachweis	131
	e) Haftung der beteiligten Personen	132
	aa) Die Haftung des Geschäftsführers	132
	(1) Die Haftung gem. § 40 Abs. 3 GmbHG	132
	(2) Weitere Haftungsgrundlagen	136
	(a) § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 40 Abs. 1 GmbHG	136
	(b) § 43 Abs. 2 GmbHG	137
	(3) Einfluss der Geschäftsführerhaftung auf die Qualität der Gesellschafterliste	137
	bb) Die Haftung des Notars	138
	cc) Die Haftung der zu Mitteilung und Nachweis verpflichteten Gesellschafter	141
	dd) Die Amtshaftung des Registergerichts	141
	ee) Zwischenergebnis	143
	f) Die Zwangsmittel gem. §§ 388 ff. FamFG, § 14 HGB, § 40 Abs. 1, Abs. 2 GmbHG	143
	3. Ergebnis	143
VII.	Zusammenfassung	144

D.	Die Zurechenbarkeit der unrichtigen Gesellschafterliste	145
I.	Der gutgläubige Erwerb innerhalb der ersten drei Jahre nach Beginn der Unrichtigkeit der Gesellschafterliste: Das konkrete Tatbestands- merkmal der Zurechenbarkeit in § 16 Abs. 3 Satz 2 GmbHG	146
1.	Das Verschuldensprinzip	147
2.	Das Veranlassungsprinzip	149
3.	Das Risikoprinzip	151
a)	Die Anknüpfung an die Teilnahme am Rechtsverkehr	151
b)	Die Anknüpfung an normative Kriterien	151
c)	Die Anknüpfung an den Gefahrenbeherrschungsgedanken	152
4.	Ergebnis	155
II.	Der gutgläubige Erwerb nach Ablauf der drei Jahre ab Beginn der Unrichtigkeit der Gesellschafterliste	155
III.	Gesamtergebnis	157
E.	Drei Jahre Unrichtigkeit der Gesellschafterliste	157
I.	Die Unrichtigkeit der Gesellschafterliste	158
II.	Die Dreijahresfrist	158
1.	Die Wirkungsweise der Dreijahresfrist	158
2.	Beginn der Frist	160
a)	Allgemein	160
b)	Im Fall der Anfechtung	160
c)	Im Fall der auflösenden Bedingung	162
d)	Im Fall des Berechtigtenwechsels	163
e)	Ergebnis	165
III.	Durchgehende Unrichtigkeit	165
IV.	Beweislast	167
V.	Zusammenfassung	167
F.	Die Bösgläubigkeit des Erwerbers	167
I.	Gegenstand des guten Glaubens	167
II.	Der Begriff der Bösgläubigkeit	169
III.	Die Beziehung des Erwerbers zum Rechtsscheinträger	170
IV.	Der für die Bösgläubigkeit relevante Zeitpunkt	172
V.	Zusammenfassung	176
G.	Das Eingetragensein des Veräußerers in der im Handelsregister aufgenommenen Gesellschafterliste	176
I.	Der relevante Zeitpunkt für das Eingetragensein des Veräußerers	176
II.	Die Aufnahme der Gesellschafterliste im Handelsregister als Voraussetzung	178
III.	Ergebnis	179
H.	Die Zuordnung eines Widerspruchs zur Gesellschafterliste	179
I.	Voraussetzungen	180
1.	Die Bewilligung	180
2.	Die einstweilige Verfügung	181
II.	Die Widerspruchsbefugnis	182
1.	Der wahre Gesellschafter	182
2.	Der Geschäftsführer	183
3.	Die Mitgesellschafter	184
4.	Ergebnis	185

III. Die Zuordnung des Widerspruchs zur Gesellschafterliste	186
IV. Die Rechtsfolgen des Widerspruchs	186
V. Der relevante Zeitpunkt	187
VI. Die Löschung des Widerspruchs	188
VII. Die Fortführung des Widerspruchs in späteren Listen	189
VIII. Zusammenfassung	191
<i>§ 2 Die Rechtsfolgen des gutgläubigen Erwerbs von Geschäftsanteilen gem. § 16 Abs. 3 GmbHG</i>	192
3. Kapitel: Der gutgläubige Erwerb von Rechten an einem Geschäftsanteil gem. § 16 Abs. 3 GmbHG	193
<i>§ 1 Der gutgläubige Ersterwerb</i>	193
A. Die Voraussetzungen	193
B. Die Rechte i.S.d. § 16 Abs. 3 Satz 1 GmbHG	194
C. Ergebnis	195
<i>§ 2 Die Eintragbarkeit von Rechten an einem Geschäftsanteil in die Gesellschafterliste</i>	195
A. Eintragung in die Gesellschafterliste	195
I. Die Anlehnung an das Aktienregister	196
II. Das beschränkte dingliche Recht als Umfang einer GmbH-Beteiligung	197
III. Die Vergleichbarkeit mit dem Handelsregister	198
IV. Die Vergleichbarkeit mit der Eintragungsfähigkeit eines Nießbrauchs an einem Kommanditeil in das Handelsregister	200
V. Das Abwehrrecht gem. § 1004 BGB	201
VI. Zwischenergebnis	202
B. Eintragung in die Veränderungsspalte	203
C. Darstellung als Widerspruch	203
D. Ergebnis	205
<i>§ 3 Der gutgläubige Zweiterwerb</i>	205
<i>§ 4 Erweiterter Verkehrsschutz durch eine analoge Anwendung des § 893 BGB</i>	208
<i>§ 5 Zusammenfassung</i>	210
4. Kapitel: Der Umfang des Gutglaubensschutzes aus § 16 Abs. 3 GmbHG	213
<i>§ 1 Der lastenfreie Erwerb</i>	213
<i>§ 2 Überwindung einer fehlenden Einlageleistung gem. § 16 Abs. 3 GmbHG</i>	215
<i>§ 3 Der gutgläubige Erwerb des Vorrangs</i>	217
A. Der gutgläubige Erwerb des Vorrangs bei einem Pfandrecht	217
B. Der gutgläubige Erwerb des Vorrangs bei einem Nießbrauch	218
C. Ergebnis	219
<i>§ 4 Übertragungshindernisse im Rahmen des gutgläubigen Erwerbs gem. § 16 Abs. 3 GmbHG</i>	219
A. Statuarische Hürden gem. § 15 Abs. 5 GmbHG	219

B.	Die Verfügungsbeschränkung gem. § 80 Abs. 1 InsO bei Insolvenz des Gesellschafters	223
C.	Ergebnis	224
5. Kapitel: Der Gutgläubensschutz gem. § 16 Abs. 3 GmbHG bei Kaduzierung, Preisgabe und Einziehung eines GmbH-Geschäftsanteils		
§ 1	<i>Die Kaduzierung des Anteils gem. § 21 GmbHG</i>	225
A.	Der säumige Gesellschafter ist nicht wahrer Inhaber des kaduzierten Geschäftsanteils	226
B.	Der gutgläubige Erwerb bei einer öffentlichen Versteigerung gem. § 23 GmbHG	227
C.	Ergebnis	231
§ 2	<i>Die Preisgabe des Anteils gem. § 27 GmbHG</i>	231
A.	Die öffentliche Versteigerung des GmbH-Anteils gem. § 27 Abs. 2 GmbHG	232
I.	Die Veräußerung durch den säumigen Gesellschafter nach Preisgabe	232
II.	Der gutgläubige Erwerb bei der öffentlichen Versteigerung gem. § 27 Abs. 2 Satz 1 GmbHG	233
B.	Die Preisgabe im Fall des § 27 Abs. 3 GmbHG	234
C.	Ergebnis	235
§ 3	<i>Die Einziehung von Geschäftsanteilen gem. § 34 GmbHG</i>	237
§ 4	<i>Zusammenfassung</i>	237
6. Kapitel: Der gutgläubige Erwerb im Rahmen der bedingten Veräußerung eines Geschäftsanteiles		
§ 1	<i>Verweis des § 161 Abs. 3 BGB auf § 16 Abs. 3 GmbHG</i>	239
§ 2	<i>Voraussetzungen für einen gutgläubigen Erwerb im Rahmen einer bedingten GmbH-Anteilsveräußerung</i>	244
A.	Der Rechtsscheinträger im Fall des gutgläubigen Erwerbs gem. § 161 Abs. 3 BGB i.V.m. § 16 Abs. 3 GmbHG	244
I.	Grundlage des Rechtsscheins im Fall des § 161 Abs. 3 BGB i.V.m. § 16 Abs. 3 GmbHG	244
II.	Legitimation des Veräußerers durch die Gesellschafterliste	245
III.	Zwischenergebnis	245
B.	Änderungen beim Tatbestandsmerkmal der Nichtberechtigung, des guten Glaubens, der Unrichtigkeit der Gesellschafterliste und der Dreijahresfrist	246
C.	Die Zurechenbarkeit im Fall eines gutgläubigen Erwerbs im Rahmen einer bedingten Veräußerung	247
D.	Ergebnis	249
§ 3	<i>Die Gefahr der Zwischenverfügung</i>	249
A.	Problemaufriss	249
B.	Schutzmöglichkeiten des Anwartschaftsrechtsinhabers	250
I.	Die Eintragung der bedingten Veräußerung in die Gesellschafterliste	250
II.	Zuordnung eines Widerspruchs zur Gesellschafterliste	252
1.	Zulässigkeit	252

2. Die praktische Durchführung	256
3. Anspruch des Anwartschaftsrechtsinhabers auf Bewilligung des dinglich berechtigten Gesellschafters	256
III. (Gesellschafts-) Vertragliche Gestaltungen zur Sicherung des Anwartschaftsrechtsinhabers	258
1. Die Verpfändung des GmbH-Anteils	258
2. Die Vereinbarung eines alternativen Bedingungseintritts bei Weiterveräußerung	259
3. Die Vinkulierungsklausel in der Satzung	260
4. Die Gründung einer Übergangs-GbR	261
5. Bedenken gegen (gesellschafts-) vertragliche Gestaltungen zur Sicherung des Anwartschaftsrechtsinhabers	262
IV. Ergebnis	262
7. Kapitel: Der gutgläubige Erwerb gem. § 16 Abs. 3 GmbHG bei speziellen Ausprägungen und Sonderformen der GmbH	265
§ 1 Die GmbH in der Gründungsphase	265
A. Die Vorgründungsgesellschaft	265
B. Die Vor-GmbH	265
§ 2 Die Unternehmergesellschaft (UG)	267
§ 3 Die GmbH & Co. KG	267
8. Kapitel: Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	269
§ 1 Zusammenfassung der Ergebnisse	269
§ 2 Schlussbetrachtung	273
Literatur	277
Sachregister	299